

POLITIK



„Wir hören erst auf, wenn wir unser Geld haben oder tot sind“: Lazaro Magalhães (v.) und andere ehemalige DDR-Arbeiter in Maputo

Das unendliche Warten auf den DDR-Lohn

Jahrelang schufteten Tausende Mosambikaner in Ostdeutschland, doch den größten Teil ihres Gehalts haben sie nie bekommen

■ Berlin erklärt, es seien bereits mehr als 90 Millionen Dollar an Maputo überwiesen worden

PHILIPP HEDEMANN
MAPUTO

Als Rassisten ihn in der DDR als „Neger“ oder „Affin“ beschimpften, schluckte Lazaro Magalhães seine Wut herunter und dachte an die vielen Ostmark, die ihm später in seiner Heimat ein gutes Leben ermöglichen sollten. Als seine Landsleute ihn nach seiner Rückkehr nach Mosambik als „Madgerman“ als „Menschen, der aus Deutschland kommt“ beschimpften, dachte er wieder an die Ostmark. Doch die Wut konnte er nun nicht mehr herunterzuschlucken. Denn Magalhães und bis zu 20.000 weitere mosambikanische Vertragsarbeiter, die in Fabriken, Bergwerken und anderen Betrieben in der DDR geschuftet hatten, haben den versprochenen Lohn nie erhalten. Seit 22 Jahren kämpfen Magalhães und seine Mitstreiter dafür, dass die alten Rechnungen beglichen werden und ihnen späte Gerechtigkeit widerfährt.

In DDR-Fahren gehüllt, ziehen ein paar Hundert Männer laut trommelnd durch die Innenstadt Maputos. Sie skandieren: „Quem levou o nosso dinheiro?“ Wer hat unser Geld genommen? Seit 1990 treffen die Madgermanes sich jeden Mittwoch um 11 Uhr, um ihren Forderungen lautstark Nachdruck zu verleihen. Am Anfang kamen rund 1000 Menschen, jetzt sind es höchstens noch 600. Manche haben Angst vor den Knüppeln der Polizei, andere haben die Hoffnung, mehr als 20 Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR doch noch ihr Geld zu bekommen, aufgegeben.

Als die Kolonialmacht Portugal Mosambik im Jahr 1975 Hals über Kopf in die Freiheit entließ, verließen fast alle gut ausgebildeten Portugiesen fluchtartig das südostafrikanische Land, die Wirtschaft brach zusammen. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, vereinbarte der sozialistische Präsident Samora Machel mit der DDR-Regierung, Mosambikaner zur Ausbildung in die volkseigenen Betriebe des sozialistischen Bruderstaates zu schi-



Seit 1990 treffen die sich „Madgermanes“ jeden Mittwoch im Zentrum Maputos

cken. Die DDR konnte die Arbeiter gut gebrauchen, denn zwischen der Gründung des ostdeutschen Staates 1949 und dem Bau der Mauer im Jahr 1961 strömten 3,4 Millionen DDR-Bürger in die Bundesrepublik. Bereits Ende der 60er-Jahre hatte die DDR deshalb Arbeiter aus anderen sozialistischen Staaten angeworben, 1979 folgte das „Abkommen zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der Volksrepublik Mosambik über die zeitweilige Beschäftigung mosambikanischer Werkstätiger in sozialistischen Betrieben der DDR“. Als gut ausgebildete Experten sollten die Afrikaner später zurückkehren und helfen, ihr von den Portugiesen ausgequatschtes Land aufzubauen. Ost-Berlin und Maputo hatten vereinbart, dass die Vertragsarbeiter 40 Prozent ihres Lohnes in bar erhielten und 60 Prozent nach Mosambik überwiesen werden sollten. Nach ihrer Rückkehr würde die Regierung in Maputo den Heimkehrern das Geld auszahlen. So die Theorie.

Die Praxis sah anders aus. Mit der Mauer fiel 1989 auch die DDR-Wirtschaft in sich zusammen. Die meisten der mosambikanischen Vertragsarbeiter hatten für geringe Löhne in Fabriken gearbeitet, deren Waren in den Ostblock exportiert wurden. Der konnte jedoch nach der Wende nicht mit harter Währung zahlen. Export, Produktion und Beschäftigung gingen zurück. Im Dezember 1990 hatte nur noch weniger als ein Drittel der mosambikanischen Arbeiter in der DDR einen Job. Die zuvor inflationär gebrauchten Begriffe „Solidarität“, „Völkerfreund-

schaft“ und „Bruderhilfe“ waren aus der Mode geraten. Als die ersten Entlassungswellen anrollten, wollte niemand mehr die Afrikaner haben, die einst so dringend für den Aufbau der Wirtschaft gebraucht wurden.

„Wir hatten die Wahl: Entweder auf eigene Faust bleiben oder mit einem Flug, den Mosambik zahlte, zurück nach Hause. Die meisten von uns sind zurückgegangen. Was sollten wir in Deutschland ohne Arbeit? Außerdem warteten in Mosambik ja noch 60 Prozent unseres Lohnes. Das dachten wir zumindest“, erzählt Magalhães in einem Café in Maputo. Doch als die Rückkehrer das Geld von ihrem Staat, der sich seit 14 Jahren in einem selbstmörderischen Bürgerkrieg befand, einfordern wollten, war angeblich nichts da. Dabei konnte die deutsche Bundesregierung später nachweisen, dass die Regierung der DDR 74,4 Millionen Dollar an Löhnen und 18,6 Millionen Dollar an Sozialversicherungsbeiträgen an die Regierung in Maputo überwiesen hatte, rund 5000 Dollar für jeden Arbeiter. Einen entsprechenden Brief des deutschen Bundesfinanzministeriums vom 8. Oktober 2002 verwahrt Magalhães in einem dicken Ordner, in dem er alle Dokumente sorgfältig abgeheftet hat, die der jahrelange Streit über die unbeglichenen Rechnungen schon hervorgebracht hat.

„Die mosambikanische Regierung lügt uns seit zwei Jahrzehnten an. Vielleicht haben sie mit unserem Geld Waffen für den Bürgerkrieg gekauft, vielleicht haben sie sich davon schicke Autos zugelegt“,

schimpft Magalhães, der fünf Jahre lang als Gruppenleiter in einer Baumwollspinnerei in Chemnitz arbeitete, in der ausschließlich mosambikanische Gastarbeiter angestellt waren. Auch 22 Jahre später muss er nur ganz selten ein deutsches Wort in seinem abgegriffenen Langenscheidt nachschlagen. Er hat nach seiner Rückkehr einen Job beim Mosambikanisch-Deutschen Kulturinstitut in Maputo ergattert. So kann er oft die Sprache sprechen, die für ihn nicht nur mit Erinnerungen an rassistische Beschimpfungen, sondern auch an herzliche Gastfreundschaft und seine damalige Freundin Karina verbunden ist.

Die meisten der ehemaligen DDR-Vertragsarbeiter fanden aber nach ihrer Rückkehr weder den versprochenen Lohn noch die in Aussicht gestellten guten Jobs. „Viele von uns haben Trabis zusammengezurückt, aber als wir nach Mosambik zurückkamen, gab es kaum Autos, geschweige denn Trabis“, erzählt Magalhães. Weil die Madgermanes aus der zusammenbrechenden DDR zudem für mosambikanische Verhältnisse moderne Klamotten und Lebensstile mitbrachten, galten sie vielen ihrer Landsleute zunächst als arrogant. In der DDR hatten sie noch nicht dazugehört, in ihrer Heimat gehörten sie nach Jahren in der Fremde nicht mehr dazu. Viele der jungen Männer, die in der Hoffnung auf ein besseres Leben und vor drohender Zwangsrekrutierung im Bürgerkrieg und Armut geflohen waren, landeten im sozialen Abseits, manche an der Flasche.

Als die enttäuschten Madgermanes ihren ausstehenden Lohn von der mosambikanischen Regierung nicht bekamen, richtete ihr Zorn sich auch auf die Bundesrepublik. Vor acht Jahren besetzten sie in Maputo die deutsche Botschaft. Doch auch dieser verzweifelte Besuch blieb ohne Erfolg. „Nach Kenntnis der Bundesregierung hat die DDR-Regierung alle mit dem Arbeitskräfteabkommen vereinbarten Verpflichtungen erfüllt“, sagt Ullrich Klöckner, deutscher Botschafter in Mosambik. „Dieses völkerrechtliche Abkommen ist mit Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 erloschen. Auch Verpflichtungen aus diesem Abkommen, die von der ehemaligen DDR auf die Bundesrepublik übergegangen sind, wurden vollständig erfüllt“, erläutert Klöckner. Für ihn sind die Forderungen der ehemaligen Vertragsarbeiter daher „eine innermosambikanische Angelegenheit“.

Weil weder die Deutschen noch die Mosambikaner zahlen wollen, hat Gilbert Timoteo die Hoffnung aufgegeben, den ausstehenden Lohn je zu bekommen. Von 1986 bis 1990 arbeitete er im Tagebau in Bitterfeld. 22 Jahre später freut er sich, wenn ihm Wörter wie „Braunkohlekombinat“ einfallen. Von dem Geld, das die mosambikanische Regierung angeblich für ihn verwaltete, wollte er nach seiner Rückkehr ein kleines Geschäft eröffnen. Stattdessen schlägt er sich in einem Hotel in Maputo als Portier durch. „Im Norden unseres Landes haben sie Kohle gefunden. Viel mehr, als in Bitterfeld je war. Wenn ich noch jung wäre, würde ich dahin gehen und im Bergwerk ordentlich Geld verdienen“, sagt der 46-Jährige, der Hotelgäste aus Deutschland stets mit „Herzlich willkommen“ begrüßt und sie oft fragt, wie es um den Tagebau in Bitterfeld bestellt ist. Wenn sie ihm sagen, dass aus den Gruben Badeseen geworden sind, macht ihn das traurig.

Im Gegensatz zum Kohlekumpel aus Bitterfeld will Magalhães, der Baumwollspinnerei aus Chemnitz, den Kampf um die unbeglichenen Rechnungen erst beenden, wenn er gewonnen ist. „Wenn die Regierung uns das Geld nicht freiwillig gibt, ziehen wir vor ein mosambikanisches Gericht“, sagt der ehemalige DDR-Vertragsarbeiter. „Wenn wir da nicht recht bekommen, ziehen wir vor ein internationales Gericht. Wir hören erst auf, wenn wir unser Geld haben oder tot sind.“

„Politik ist Kampf, nicht herumsitzen“

Warum Peter Gauweiler (CSU) nicht aufgibt

DIE WELT: Herr Gauweiler, der Zug rollt. ESM und Fiskalpakt sind vom Verfassungsgericht nicht gestoppt worden, der Bundespräsident hat unterschrieben. Fühlen Sie sich als Kläger schon totgeschleift?

Peter Gauweiler: Quatsch. Mir geht's ganz gut. Aber in der Tat: Ein Zug, den man nicht aufhalten kann, ist ein Unglückszug.

Also steuern wir ins Unglück?

Es ist ja immer viel die Rede von den „Märkten“, auf die alle schauen und auf die wir angeblich auch immer schauen müssen: Einen Tag nach der Verkündung des Urteils des Verfassungsgerichts sind die Zinsen, die der deutsche Staat für Bundesanleihen zahlen muss, schon gestiegen. Die von Italien sind gesunken. Auch das zahlen die deutschen Steuerzahler. Aus der Sicht der „Märkte“ hat sich der Status Deutschlands schon verschlechtert.

Ein Euro-Bonds-Effekt ohne Bonds?

Ja, das ist die Schuldenunion.

Also sind Sie doch etwas frustriert?

Das Urteil enthält sehr gute und wichtige Feststellungen. Das Gericht hat die Ratifikation des ESM als einen völkerrechtlichen Vertrag davon abhängig gemacht, dass der Bundespräsident Vorbehalte erklärt. Das hat es noch nie gegeben. Aber mich erstaunt es schon, dass EZB-Chef Mario Draghi in einem Interview nun vollkommen ungeniert erklärt, dass das Bundesverfassungsgericht mit seinen Feststellungen zum Ankauf von Staatsanleihen auch am Sekundär-Markt als Umgehung des Verbots monetärer Haushaltsfinanzierung nicht gestattet ist.

Wer hat jetzt recht?

Recht haben bekanntlich immer alle. Hier geht es darum, ob sich auch die EZB an Regeln halten muss oder nicht. Damit steht nicht nur unser Volkswort, sondern auch der Wert unserer Rechtsordnung auf dem Spiel. Auf Grund der Feststellung des Bundesverfassungsgerichts kann sich jedenfalls die deutsche Regierung nicht mehr darauf beziehen, dass sich die EZB innerhalb des geltenden Unions-Rechts bewegt. Nimmt die Regierung die von ihr selbst unterschriebenen Verträge von Maastricht und Lissabon noch ernst, muss sie gerade in Anbetracht der Äußerungen Draghis nach dem Urteil des Verfassungsgerichts die EZB vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen.

Erwarten Sie, dass das geschieht?

Ich bin überzeugt, dass die Regierung nicht einmal daran denkt, das zu tun. Angela Merkel und Wolfgang Schäuble verlassen sich darauf, dass das Volk ruhig ist und die Kanzlerin Sympathie genießt. Die Deutschen sagen: Immerhin haben wir keinen peinlichen Regierungschef wie andere Länder. Aber wenn man nicht Augen und Ohren verschließt, erfährt man eine ständig wachsende Sorge bei den Bürgern. Man spürt ein Beben.

Draghi sagt, die Lage sei im Griff.

Alles, was Mario Draghi bisher als EZB-Präsident unternommen hat, erwies sich bei den viel zitierten Märkten nach kleinen Anfangserfolgen immer als vollkommen wirkungslos.

Würden Sie gegen die EZB vor den Europäischen Gerichtshof ziehen?

Ich kann es nicht. Klagen können nur Regierungen. Aber selbst wenn keine Regierung klagt, sollte sich die EZB noch lange nicht sicher fühlen. Die deutsche Rechtsprechung ist bekanntlich von Überraschungen nicht frei. Wenn sich die EZB fortwährend nicht an die Verträge hält und selbst aus dem europäischen Recht „ausbricht“, dann sind solche europäischen Rechtsakte für den Geltungsbereich des Grundgesetzes nicht mehr verbindlich.

Erwarten Sie, dass das Verfassungsgericht in der Konsequenz den EuGH anruft?

Es wird darüber spekuliert, dass dies im Hauptsacheverfahren geschieht.

Setzen Sie noch Erwartungen in das Hauptsacheverfahren?

Es wird zu viel Zeit verstreichen. Wir stehen vor einem dramatischen Verfall des deutschen Sparer- und Einlagevermögens. Da wird wahrscheinlich viel Geld vernichtet. So viel wie noch nie seit den Weltkriegen.

Was würden Sie mit Ihren Einlagen anfangen? (lacht) Sind sie wahnsinnig? Keine Vermögenstipps von Politikern in der Öffentlichkeit!

Horst Seehofer kündigte nach Ihrer Niederlage bei der Kandidatur um den Vize-Vorsitz der CSU an, für Sie eine stärkere Rolle zu finden. Meine Rolle ist stark genug.

Ein Vorwurf, der auch aus der CSU gegen Sie erhoben wird, ist, dass Sie sich an den Gremiensitzungen kaum beteiligen und Ihre Meinung über Gerichte durchzusetzen suchen. Müsste ein Streiter fürs Parlament nicht häufiger anwesend sein?

Was ist Politik? Politik ist Problemlösen, Richtungsbestimmung, auch Kampf. Politik ist nicht, nutzlos herumzusitzen

Planen Sie weitere Klagen?

Ich mache, was im Moment gerade geboten ist.

Was ist Ihr Rezept gegen die Krise?

Es gibt einen altmodischen Spruch, der lautet: Pacta sunt servanda. Ich halte es mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts: Europa ist entweder rechtstaatlich verfasst oder es hat keinen Wert.

Und derzeit hat es keinen Wert?

Wir bewegen uns bei den supranationalen Organisationen in Richtung immer rechtloserer Zustände. Und wir werden von unseren Grundrechten abgeschnitten. Die Reaktion Draghis auf das Urteil des höchsten deutschen Gerichts bestätigt dies.

Das Gespräch führte Thomas Vitzthum



ZUR PERSON

Peter Gauweiler (63) gilt als prominentester Euro-Skeptiker. Beim Volk ist der CSU-Mann sehr beliebt. Sein Wahlkreis München-Süd hat ihn bereits für die Bundestagswahl 2013 nominiert.

ANZEIGE



Ich möchte in Sachwerte investieren, ohne selbst ein Haus zu kaufen. Wohin mit meinem Geld?

Jetzt richtig investieren – z. B. mit DWS ACCESS Wohnen 3.

Mit dem geschlossenen Fonds DWS ACCESS Wohnen 3 beteiligen Sie sich indirekt an einem professionell verwalteten und im Ausbau befindlichen Portfolio von hochwertigen Wohnimmobilien in Deutschland – in guten Lagen mit guter Mieterstruktur.

Für weitere Infos: anlegerservice.cef@db.com oder 069 / 7 19 09-23 89.

» www.DWSACCESS.de



Deutsche Bank Gruppe

Wichtige Hinweise: © DWS Finanz-Service GmbH, Stand: August 2012. Dies ist eine Werbemitteilung, die kein öffentliches Angebot und keine individuelle Anlageberatung für eine Beteiligung an dem hierin genannten geschlossenen Fonds darstellt. Weitere Informationen, insbesondere zur Struktur und näherer steuerliche Informationen, enthält der Verkaufsprospekt (einschließlich etwaiger Nachträge). Dieser ist kostenfrei bei Ihrem Berater, bei der DWS Deutsche Immobilien Treuhandgesellschaft mbH, Anlegerservice Closed-End Funds (CEF), Mainzer Landstraße 178-190, 60327 Frankfurt am Main, anlegerservice.cef@db.com erhältlich sowie bei der Anbieterin unter <http://www.dwsaccess.de> abrufbar. Bitte beachten Sie die darin enthaltenen Verkaufsbeschränkungen.